

DIE ZEIT: Herr White, Sie haben gerade ein Buch über die Zukunft als politische Idee geschrieben. Sie argumentieren darin, die Demokratie sterbe, wenn ihr die Visionen ausgingen. Warum?

Jonathan White: Die moderne Demokratie funktioniert nie reibungslos. In der repräsentativen Demokratie treffen einige Leute Entscheidungen für andere. Das führt zu Legitimationsproblemen: Warum sollten Menschen Entscheidungen akzeptieren, die andere in ihrem Namen treffen? Die Vision einer Zukunft hilft uns, mit diesen Mängeln des Systems umzugehen. Sie lässt uns Unzufriedenheit aushalten, weil sie uns verspricht, in der Zukunft werde es anders, womöglich sogar besser werden. In der Demokratie ist die Zukunft immer ein Versprechen, weil wir mit unserer Stimme Einfluss auf sie haben. Wenn die Zukunft aber nicht mehr offen und gestaltbar erscheint, gerät die Demokratie aus dem Takt.

ZEIT: Und in diesem Zustand befindet sich die Demokratie heute?

White: Ja, vielen Menschen erscheint die Zukunft heute als Bedrohung. Dystopische Perspektiven haben in allen Bereichen der Gesellschaft zugenommen, von der Geopolitik bis in die Wirtschaft.

ZEIT: Woran liegt das?

White: Das hat viele Gründe, etwa die zunehmende atomare Bedrohung, die Krise des Kapitalismus, die Klimakatastrophe, der technologische Wandel. Ich fokussiere mich in meinem Buch auf den Umgang mit diesen Krisen. Viele Menschen verlieren den Glauben an Fortschritt, weil sie das Gefühl haben, Probleme nicht mehr mithilfe der ehemals vertrauten sozialen Strukturen lösen zu können, etwa durch Parteien oder indem sie einer Gewerkschaft beitreten. Früher konnte man sich auf diese Weise für eine Verbesserung der Zustände engagieren. Heute ist das anders. Das lähmt.

ZEIT: Inwiefern?

White: Es mangelt an politischer Handlungsfähigkeit. Viele blicken düster in die Zukunft, weil die Krisen unserer Gegenwart unlösbar scheinen. Nehmen wir die Arbeiterklasse als Beispiel: Die Macht der Konzerne steigt, während die Gewerkschaften, die früher politische Prozesse gestaltet haben, immer bedeutungsloser werden. Arbeitnehmer verlieren ohne Gewerkschaften an Macht und damit auch an Einfluss, ihre Zukunft zu gestalten. Sie können ihrer Unzufriedenheit nur noch schwer entgegenwirken. Das fühlt sich dann schnell so an, als wäre man einer Situation ausgeliefert. Denn wenn man sich machtlos fühlt, Probleme zu adressieren, werden sie zum Notstand.

ZEIT: Wie lautet die politische Reaktion darauf?

White: Rückzug, Fatalismus, Nichtwählen, eine gewisse Leichtsinnigkeit. Viele Menschen fühlen sich in ihrer persönlichen Situation gefangen, müssen sich auf die unmittelbare Gegenwart konzentrieren, stecken etwa in prekären Jobs fest und können keine Pläne machen. Der Rückzug in die Gegenwart geht meist mit einem Rückzug aus der Politik einher. Entpolitisierung tritt ein, wenn man aufhört, an die nächste Wahl und die Wahl danach zu denken, an die Möglichkeit, ein Ziel langfristig zu verfolgen.

ZEIT: Warum schafft es dann der Populismus, Menschen zu mobilisieren?

White: Das lässt sich nicht voneinander trennen. Entpolitisierung bedeutet nicht zwingend, dass Wahlen leblos werden. Sie haben einen neuen emotionalen Kern: Vielen erscheint jede Wahl, als wäre es die letzte. Donald Trump hat die Präsidentschaftswahl 2024 als *final battle* bezeichnet. Es ist die Idee der Wahl als Showdown. Das Gefühl einer dauerhaften Struktur des politischen Konflikts beginnt zu schwinden, stattdessen verbreitet sich das Gefühl, jede Wahl sei ein eigenständiges Moment, in dem es um alles gehe.

ZEIT: Ein Gefühl der Dringlichkeit, das die politische Kultur neu formt?

White: Ja. Denn wenn es nur noch um das Hier und Jetzt geht, verändert sich, wie politische Konflikte ausgetragen werden. Der Kampf um Prinzipien tritt zurück hinter den Kampf um Persönlichkeiten und soziale Identitäten. Auf einmal zählt, wer mich in diesem Moment anspricht, nicht, wer die bessere politische Idee für die Zukunft hat. In den USA sieht man, dass das zu sehr aggressiven Formen des Wahlkampfes führen kann. Der politische Gegner wird bei einem *final battle* nicht akzeptiert, weil jemand wie Trump sich weigert, politische Konflikte als einen Prozess zu verstehen, der auch nach einer Wahl fortläuft. Die Logik lautet: Jetzt oder nie!

ZEIT: Warum gelingt es jemandem wie Trump, von der Endzeitstimmung zu profitieren, den Parteien der Mitte aber nicht?

White: Trump inszeniert sich als Superheld. Er verspricht, der Retter in der Not zu sein. Er tritt so auf, als sei er frei von Sachzwängen. Nigel Farage hatte damit in Großbritannien ebenfalls Erfolg. Viele Parteien der Mitte hingegen betreiben eine Politik, die ganz im Zeichen äußerer Zwänge steht. Man rechtfertigt Sparprogramme mit der Euro-Krise, Kürzungen im Wohlfahrtsstaat mit fiskalpolitischen Fesseln. Die Parteien der Mitte argumentieren, die Rationalität verlange, dass wir die Wirtschaft oder bestimmte Förderungen umstrukturieren. Aber repräsentative Demokratie verspricht mehr zu sein als die Verwaltung von Sachzwängen. Wählerinnen und Wähler verlangen, Politik mitgestalten zu dürfen. Würde die Linke gegen diese Politik des Sachzwangs aufbegehren, ohne wie die Rechten auf einen charismatischen Anführer zu setzen, dann böte sie vielleicht eine antipopulistische Alternative.

ZEIT: Nun gibt es aber einen Sachzwang, um den die Politik nicht herumkommt: den Klimawandel.

White: Der Klimawandel hat unserem demokratischen System ein neues Zeitregime auferlegt, eine Art zeitliche Klausur. Und genau darin liegt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Aber der Klimawandel ist keine Apokalypse, die über uns hereinbricht und gegen die wir machtlos wären. Die Erkenntnisse der Wissenschaft sind eindeutig. Dass der Klimawandel für



Klimakrise, Atomkrieg, Künstliche Intelligenz: Viele Menschen fühlen sich nicht mehr handlungsfähig, sagt White

Zurück in die Zukunft

Die Angst vor künftigen Krisen nutzt derzeit nur den Populisten. Der Politologe Jonathan White hat eine Idee, wie Progressive das ändern könnten

viele wie eine Katastrophe wirkt, die völlig außer Kontrolle geraten sei, liegt an der gefühlten Machtlosigkeit, von der ich zu Beginn sprach. Wenn man die politische Handlungsfähigkeit anzweifelt, bricht Fatalismus aus. Es braucht eine langfristige politische Idee, wie man mit dem Klimawandel umgeht, dann käme er uns nicht so bedrohlich vor.

ZEIT: Wie aber könnten grüne Parteien den Klimaschutz vorantreiben, ohne ihre Politik mit äußeren Zwängen zu legitimieren und Wähler damit zu vergraulen?

White: Eine Möglichkeit, auf die Probleme des Klimawandels zu reagieren, ist zu sagen: Wir müssen dekarbonisieren, wir müssen Verzicht üben. Das ist nicht besonders attraktiv und eine rein defensive Strategie. Eine andere Möglichkeit bestünde aber darin, zu überlegen, welche Gesellschaft wir als Reaktion auf die Klimakrise aufbauen wollen. Wir müssten uns fragen, welche Lebensweise wir für wünschenswert erachten, die über bloße Zahlen und Emissionsziele hinausgeht.



Jonathan White ist Professor für Politikwissenschaft an der London School of Economics. Im Februar erschien sein Buch »In the Long Run: The Future as a Political Idea«

ZEIT: Sie meinen, der Glaube an eine größere Vision, an eine gute Zukunft, würde den kurzfristigen Schmerz, der mit den Transformationen einhergeht, überblenden?

White: Ja. Die Kraft der Zukunft liegt in der Tatsache, dass die Gegenwart nicht von Dauer ist.

ZEIT: Dieses Versprechen einer besseren Zukunft erinnert an die politischen Utopien des 20. Jahrhunderts, etwa den Sozialismus oder den Kommunismus. Warum sollten wir heute noch an dieses Fortschrittsversprechen glauben, wo sich bislang keines bewahrheitet hat?

White: Sicher, die Ismen des 20. Jahrhunderts erscheinen vielen Menschen obsolet. In der Nachkriegszeit gab es eine Wende hin zum Pragmatismus, zu einer Definition von Fortschritt als etwas, das wir messen können. Die postmoderne Theorie würde das als Krise der Metanarrative bezeichnen, eine Art Widerwillen, an die großen Behauptungen des 20. Jahrhunderts zu glauben. Und es gibt gute Gründe, Abneigung gegenüber idealistischen Zukunftsideen zu hegen. Gleichzeitig denke ich,

dass es immer noch ein Interesse an Zukunftsvisionen gibt. Und dass unser demokratisches System diese braucht, um zu bestehen.

ZEIT: Nur ist unsere Gesellschaft heute ganz anders strukturiert. Die News- und Erregungszyklen werden immer schneller. Reagieren Politiker nicht sofort auf die Befindlichkeiten ihrer Wähler, werden sie abgestraft. Ist langfristige Politik unter diesen Umständen noch möglich?

White: Die Digitalisierung hat die Öffentlichkeit und damit auch die Beziehung zwischen Wählern und Politikern verändert. In unseren heutigen Nachrichtenzyklen geht es häufig nicht mehr darum, Ereignisse in einen breiteren Kontext einzuordnen, sondern um kleine eigenständige Episoden, die sich nur auf das Allerneueste fokussieren. Dieser Sofortismus hat eine ganz eigene Dynamik. Aber Politiker müssten ihn nicht so bereitwillig bedienen, wie sie es tun.

ZEIT: Unterschätzen Politiker, wie belastbar ihre Wähler sind?

White: Es gibt Sozialwissenschaftler, die diese Frage untersucht haben. Ein Grund, warum Menschen sagen, dass sie einer langfristigen Perspektive skeptisch gegenüberstehen, liegt darin, dass sie schlichtweg denen nicht trauen, die sie formulieren. Wenn Sie glauben, dass Politiker schon morgen ihre Meinung ändern werden und opportunistische Strategen sind, dann werden Sie das in Ihre Überlegungen einbeziehen und nicht erwarten, dass Politiker mit Weitsicht handeln. Natürlich streben Menschen eine schnelle Befriedigung ihrer Bedürfnisse oder sofortige materielle Belohnung an und wollen, dass sich politische Ergebnisse unmittelbar bemerkbar machen. Aber sie wissen auch, dass es langfristige Anliegen gibt, für die es sich lohnt, mehr Geduld aufzubringen.

ZEIT: Würde es helfen, die Wahlzyklen zu verlängern?

White: Das kann man so nicht sagen. Es gibt radikale Demokraten, die dafür plädieren, die Wahlzyklen sogar noch kürzer zu halten. Nur wenn man jährliche Wahlen abhielte, so lautet ihr Argument, hätten Politiker einen Grund, ihre Versprechen einzulösen. Die gegenteilige Position besagt, kurze Wahlzyklen stünden einer langfristig ausgerichteten Politik im Weg. Aber wer so argumentiert, könnte auch dafür plädieren, gar keine Wahlen mehr abzuhalten. Das ist die Idee der Technokratie. Denken Sie an die Europäische Zentralbank, die oft als Institution dargestellt wird, die langfristig handeln kann, genau weil sie an parteipolitischen Zwängen und den Sorgen der Menschen vorbei regieren kann.

ZEIT: Auf genau jene Institutionen richtet sich jetzt die Wut der Populisten: die Europäische Zentralbank, die EU, die Nato.

White: Deshalb muss es darum gehen, innerhalb der Wahlzyklen die Verbindung zwischen den Menschen und ihren Vertretern wieder zu stärken, sodass sie das Gefühl haben, auch zwischen den Wahlen Einfluss nehmen zu können. Das würde den Showdown-Effekt aktueller Wahlen schwächen und uns wieder mehr Zeit einräumen, etwa um Institutionen zu reformieren.

ZEIT: In Ihrem Buch diskutieren Sie ein Modell der repräsentativen Demokratie, nach dem man alle fünf Jahre eine Wahl und dazwischen Referenden abhält, um die direkte Demokratie mit repräsentativer Demokratie zu verbinden.

White: Das ist ein möglicher Weg. Es geht aber auch um mehr Demokratie innerhalb der Parteien. Viele Parteien werden heute von ihrer Führung dominiert. In der Regel denkt die Führungsriege aber am kurzfristigsten, weil sie sich ganz auf die nächste Wahl konzentriert, während es die Parteibasis ist, die langfristig denkt, weil sie aus Interesse an einer größeren Idee der Partei beigetreten ist. Wie man Machtstrukturen innerhalb eines Kollektivs gestaltet, hat viel Einfluss darauf, ob die Organisation später intrinsisch kurzfristig orientiert ist oder ob sie ein Vehikel für langfristige Ziele sein kann.

ZEIT: Sollte Politik Ihrer Ansicht nach ein Wettbewerb zwischen verschiedenen Zukunftsentwürfen sein?

White: Etwas Besseres sehe ich nicht: Ein Wettbewerb der Zukunftsideen ginge über die derzeitige Notstandspolitik vieler Parteien hinaus und hätte mehr zu bieten, als die Vielzahl an Krisen bloß verwalten zu wollen oder in ihrem Chaos zu schwelgen. Um die Zukunft zu werben, würde bedeuten, weitreichende Veränderungen anzustreben.

ZEIT: Seit China zur Weltmacht aufgestiegen ist, stellen manche infrage, ob die Demokratie das richtige System ist, um langfristige Ziele wie die Bekämpfung des Klimawandels zu erreichen. Ist die fehlende politische Zukunft ein demokratisches Phänomen?

White: Nein, autoritäre Systeme haben keinen Vorteil gegenüber Demokratien. Der fehlende Anreiz, auf die öffentliche Meinung einzugehen, wird oft als Stärke autokratischer Systeme dargestellt. Er ist aber auch ihre Schwäche. Um einen wirklich langfristigen Ansatz zu verfolgen, muss man die Öffentlichkeit mitnehmen. Politik und öffentliche Meinung zu trennen, kann eine Weile funktionieren. Aber irgendwann erzeugt das Unzufriedenheit und Probleme, die das Überleben des Regimes in einem allgemeineren Sinne infrage stellen können.

ZEIT: Wie schauen Sie denn persönlich in die Zukunft?

White: Ich bin von Natur aus kein besonders optimistischer Mensch. Politischer Optimismus ist meiner Meinung nach keine Sache des Individuums, sondern sollte in Kollektiven, in Parteien und Institutionen gelebt werden. Leonard Cohen singt in einem Lied davon, dass er seinen Gefühlen nicht traut, weil sie kommen und gehen. Es ist nicht wichtig, ob Sie, ich oder irgendjemand sich optimistisch fühlt, sondern wie wir uns trotz allem Schlechten in der Welt einer Art organisiertem Optimismus anschließen.

Die Fragen stellten **Carlotta Wald** und **Xifan Yang**